

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

## Band 12

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/102

#### Danksagung und Widmung

Die größte Gefahr im Leben ist, daß man zu vorsichtig wird.

*Alfred Adler (1870-1937, österreichischer Arzt)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die dieses Buch überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Hamed Abdel-Samad, Konrad Adenauer, Hugo Andreae, Rudolf Augstein, James Bacque, Nicholson Baker, Bruno Bandulet, André Barmettler, Josephine Barthel, Reinhart Beck, Matthias Beer, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Sonja van Biezen, Philipp von Bismarck, Georg Bluhm, Dieter Blumenwitz, Günter Böddeker, Erhard Bödecker, Wilfried Böhm, Johannes Bökmann, Hans Werner Bracht, Paul Carell, Werner Conze, Stéphane Courtois, Herbert Czaja, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Hans Dollinger, Klaus Dorst, Alfred Dregger, Hans Ebeling, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Jürgen Elsässer, Frank Fabian, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Andrew Follett, Lothar Gassmann, John Gimbel, Hermann Glaser, Jonas Glaser, Gilbert Gornig, Peter Gosztony, Wilhelm von Gottberg, Hermann Graml, Richard Grill, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Hermann Grote, Frank Grube, Sebastian Haffner, Peter Haisenko, Hartmut Hausmann, Daniel Hecker, Eva Herman, Andreas Hillgruber, Helga Hirsch, Hermann Hitthaler, Rolf Hochhuth, Walter Hoeres, Joachim Hoffmann, Georg Holmsten, Klaus Höpcke, Klaus Hornung, Wolfgang Hug, Gerhard Hümmelchen, Georg Huntemann, Peter Hüttenberger, Bernhart Jähnig, Karl Jaspers, Karl Jering, Barbara Johr, Robert Jungk, Wanda Kampmann, Linus Kather, Günter Keil, Günter Kießling, Otto Kimminich, Manfred Kittel, Michael Klonovsky, Tilman Knechtel, Horst Koch, Kurt E. Koch, Erich Kosthorst, Franz Kromka, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Ekkehard Kuhn, Samuel R. Külling, Rolf Lasius, Ryszard Legutko, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Konrad Löw, Domenico Losurdo, Horst-Joachim Lüdecke, Herbert Ludwig, Heinrich Lummer, Günter Maschke, Sonja Margolina, Ludwig Martin, Werner Maser, Iris N. Masson, Rainer Mausfeld, Lennart Meri, Jochen Mitschka, Horst Möller, Martin Müller-Mertens, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Ernst Nolte, Elisabeth Nussbaumer, Viktor Orban, Henry Paul, Hans Penner, Tino Perlick, Hermann Pfister, Daniell Pführinger, Karl Ploetz, Walter Post, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Klaus Rainer Röhl, Helke Sander, Ulrich Schacht, Guntaram von Schenck, Alfred Schickel, Theodor Schieder, Ingrid Schlotterbeck, Carlo Schmidt, Heinz Dieter Schmid, Franz Scholz, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Sigurd Schulien,

Thorsten Schulte, Gerd Schultze-Rhonhof, Kurt Schumacher, Gabriele Schuster-Haslinger, Eva Schweitzer, Hans-Werner Sinn, Klaus Sojka, Hubert Speidel, Erika Steinbach, Gabor Steingart, Werner Stein, Alexandra Stiglmayer, Arno Surminski, Robert H. Tenbrock, Karl Tepe, Alfred Theisen, Bernhard Thiersch, Jürgen Thorwald, Wolfgang Thüne, Eberhard Troeger, Otto Uhlitz, Udo Ulfkotte, Karlheinz Weißmann, Jan Werner, Rosemarie Wildermuth, Rudolf Willeke, Willy Wimmer, Konrad Windisch, Amelie Winther, Klaus Wippermann, Gerhard Wisnewski, Robert Wistrich, Michael Wolffsohn, Alfred Maurice de Zayas und Christian Zentner und Rainer Zitelmann.

Dieses Buch ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

### Anstatt eines Vorwortes

Wenn du die Menschen dazu bringst, zu denken, daß sie denken, dann werden sie dich lieben. Wenn du sie wirklich zum Denken bringst, werden sie dich hassen.

*Donald R. Perry Marquis (1878-1937, amerikanischer Schriftsteller)*

In diesem Buch über Glanz und Elend der deutschen Geschichte geht es um die Erinnerung an Tatsachen. Dieses Buch beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen geschichtlichen Fakten und Problemen der entsprechenden Zeiträume.

Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfäßbaren Zustand. Anstatt das sogenannte Volk der "Dichter und Denker" über die historische Wahrheit und Realität zu informieren, wurden die Deutschen systematisch zu einem "Volk der Täter" umerzogen und ihre mehr als tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte fast auf die unsäglichen 12 Jahre des NS-Regimes reduziert.

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Manipulation der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-erzogen ist ...

Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der systematischen "Umerziehung" zwangsweise die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die Geschichte der deutschen Verlierer

wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die einseitige politische Geschichtsschreibung (x306/16-18): >>... Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfodten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiben.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie im negativen Sinne mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

Wer nur für Gewinn kämpft, erntet nichts, wofür es sich lohnt, zu leben.

*Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)*

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet dieses Buch auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

## Deutschland während des Kalten Krieges, Teil 1

### **Von der Abtretung des Rheinlandes bis zum Ruhrstatut und der Gründung der Montanunion bzw. der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl**

Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit gefährlichen Drohungen.

*Alexander Roda Roda, eigentlich Alexander F. Roda (1872-1945, österreichischer Schriftsteller)*

Der französische Ministerpräsident de Gaulle forderte am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x156/32-33): >> Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität gegen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.

Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.

Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<<

Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle forderte am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner sprach er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<

Das französische Kabinett verlangte am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

Am 12. Dezember 1945 erklärte der französische Außenminister Bidault während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen könnte, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennen würde (x111/113).

Die "Berliner Zeitung" veröffentlichte am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig, französischer Oberbefehlshaber in Deutschland, erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.

Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.

Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.

"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.

Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesam-

ten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

Feldmarschall Montgomery forderte am 2. Mai 1946, den Status des Saar- und Ruhrgebietes sowie des Rheinlandes zu klären (x114/1.143): >>Wir müssen uns entscheiden, was es heißt, ein neues Deutschland aufzubauen. Seine Ostgrenze wurde in Potsdam vereinbart. Die Festlegung seiner Westgrenze steht jedoch noch aus; dieses Problem läßt sich kurz mit dem Namen Saar-, Ruhrgebiet und Rheinland umreißen. Wir müssen aber dem deutschen Volk endlich sagen, was zu seinem Lande gehören soll und was nicht.

Den Menschen, die in diesem Deutschland wohnen, müssen wir einen erträglichen Lebensstandard geben und die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Ein solcher Lebensstandard läßt sich auch mit der vereinbarten Industrieleistung vereinbaren, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Die wichtigste ist, daß Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt wird. Das geschieht zur Zeit nicht, einmal weil die Franzosen dagegen sind und zweitens wegen der Haltung der Russen. Ich bin nicht sicher, ob die Russen überhaupt jemals Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandeln werden, so wie wir das verstehen. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß sie es nicht tun werden, es sei denn, wir setzen sie zusammen mit den anderen Alliierten unter Druck. Das ganze Land liegt so im argen, daß es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen.<<

Der französische Außenminister Bidault forderte am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden. Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.

Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...<<

Am 20. Juli 1946 wurde ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

Ministerpräsident Charles de Gaulle schlug am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.

Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammen-

arbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.

Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.

Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.

Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht.

...<<

Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill sprach am 19. September 1946 in Zürich über ein geeintes Europa (x067/193): >>... Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.

Nur so können Hunderte Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten ...

Ich spreche jetzt aus, das Sie in Erstaunen setzen wird. Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.

Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie gut und echt errichtet wird, muß so sein, daß die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache ...

Ich muß Sie aber auch warnen. Die Zeit ist vielleicht knapp. Gegenwärtig haben wir eine Atempause. Die Geschütze schweigen. Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren. Wenn es uns gelingen soll, die Vereinigten Staaten von Europa oder welchen Namen auch immer sie tragen werden, zu errichten, müssen wir jetzt damit beginnen. ...<<

US-Unterstaatssekretär Hildung erklärte am 2. Oktober 1946 (x111/223): >>... Deutschland bleibt die Wegkreuzung Europas. ... Wenn Deutschland zur wirtschaftlichen Gesundung Europas wirksam beitragen soll, so muß es ... als ein Land und nicht als vier Länder behandelt werden.<<

General Koenig, von 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone, erklärte am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<

Anfang 1947 erklärte ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:

- a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
- b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem

Verhungern bewahren.

c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzu-  
bringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ...  
Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen,  
daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...

Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft.  
Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rück-  
wirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland.  
Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein  
schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

Der französische Politiker Maurice Schumann erklärte am 11. Januar 1947 während einer Re-  
de in Nordamerika (x156/53): >>... Wenn es sein muß, daß die Lebensinteressen eines von  
uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle  
leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der ein-  
zig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was  
durch seine Schuld zerstört wurde.

Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische  
Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen  
die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für  
ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist  
unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes,  
einer internationalen Behörde unterstellt werden. ...<<

Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärte am 27. Februar 1947 im Verlauf der Sitzung  
des alliierten Kontrollrats (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zwei-  
zonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche  
Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie  
ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest West-  
deutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

Am 22. März 1947 lehnte der sowjetische Außenminister Molotow im Verlauf der 4. Außen-  
ministerkonferenz in Moskau die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes  
und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).

Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen war, vereinbarten Frankreich und England im  
März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt. Dieser Pakt verpflichtete die Teilnehmerstaa-  
ten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer  
deutschen Aggression" (x128/264).

Am 9. April 1947 berichtete der US-Generalstab in einem streng geheimen Dokument bereits  
über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >>Die potentiell stärkste Militär-  
macht dieses Gebietes ist Deutschland.

Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen  
unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große  
Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der  
Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<

Der französische Außenminister Bidault forderte am 10. April 1947 während der 4. Außen-  
ministerkonferenz in Moskau nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politi-  
sche Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/305).

Der sowjetische Außenminister Molotow lehnte am 11. April 1947 erneut die französische  
Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab  
(x111/306).

Am 24. April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollten (x009/405-406).

Am 29. Januar 1948 erklärte der CDU-Politiker Adenauer während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 endete mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.

Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...<<

Konrad Adenauer erklärte am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525): >>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.

Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...<<

Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.

Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<

Der französische Außenminister Robert Schuman bezeichnete es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Konrad Adenauer schrieb am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundes-



regierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewinnen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisierte am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...

Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**

... In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ...

Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt. Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört. Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.

Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.

In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

... Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?

Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen

...

Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut:

>>**Tedeum des Sieges**

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste be-

teiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

### **Treu und Glauben.**

"Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."

Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde ... auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber. ...

### **In alle Ewigkeit.**

Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls ... könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausführproduktion gestempelt werden. ...

### **Auch die letzten Bayern.**

"In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."

Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte. ...

### **Offene Fabrikto**

Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabrikto

offen. ...  
Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen. ...

Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen". ...

Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das

Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.

### **Nicht über den Weg.**

Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt.

... Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.

Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben.

...<<

Das "Ruhrstatut" trat am 22. April 1949 in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diene hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... B.

### **Wirtschaftliche Grundsätze**

... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt.** - Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion - ...<<

Am 5. Mai 1949 wurde in London der Europarat - Sitz: Straßburg - gegründet.

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragte danach den Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (das Ruhrstatut garantierte die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands).

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 hieß es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands

an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.

2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...

8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.

Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:

a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...

b) Stahlwerke: ...

Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. –

*"Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.*

*Zuruf von links: "Unerhört so was!"*

*Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –*

*Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...*

*Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.*

*Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ... –*

das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?

Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der britische General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.

*Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...*

*Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. –*

*Glocke des Präsidenten.*

*Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –*

*Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –*

*Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!" ...*

Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.<<

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales

Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe. Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...

Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 1. Dezember 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949: >>**Benehmen wie die Schuster**

... Der Kanzler berichtete von seinem Abkommen mit den Alliierten, das für Deutschland Erleichterungen im Schiffsbau, einen Teilstop der Demontagen und Beitritt zum Ruhrstatut vorsieht. ...

Adenauer schritt zum Pult: "Ich stelle fest, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage zu Ende gehen zu lassen, als an Stelle eines Beobachters einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden." ...

Das Barometer stieg. Adenauer schränkte die Feststellung ein: "Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen: Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken oder nicht? Und wenn sie erklärt, nein, dann weiß sie auf Grund der Mitteilung, die mir General Robertson gemacht hat, daß die Demontage bis zum Ende fortgeführt wird" - entweder Beitritt zum Ruhrstatut oder Fortgang der Demontagen.

Aber der abgeschwächte Vorwurf war mit größerer Schärfe und Lautstärke gesprochen worden. SPD-Zuruf: "Sprechen Sie als deutscher Kanzler?"

Schumacher: "Bundeskanzler der Alliierten!"

Tumult. Ollenhauer: "Adenauer hat ihn herausgefordert!"

Pfui von rechts, pfui von links. Die Reihen formierten sich. Ein Strom von rechts ergoß sich mit Antragswünschen auf die Präsidentenbühne. Links war der Blick für die Richtung verlorengegangen. Alte Kämpen erhofften Böses. Und trennten die Bataillone. Eins zur Führersicherung, eins zum Angriff.

Vorneweg SPD-Heiland mit drohenden Fäusten. Andere krempelten noch an ihren Ärmeln. Los ging's auf die Christlichen. Die standen schon und hielten weder die eine noch die andere Backe hin. Urdeutscher Hellwege wippte zwei Ministerzentner auf und nieder.

FDP-Oellers ließ Präsident Köhler in die Formation bimmeln. Er hatte den Antrag auf Vertagung gestellt, nachdem ein Ordnungsruf des Präsidenten gegen Schumacher ungehört verhallt war.

Das Schlachtfeld wurde geräumt. ...

Um sechs Uhr morgens fanden sich die unrasierten Streiter wieder. ...

Die SPD beriet in ihrem Fraktionssaal über das 56. Klingeln des Präsidenten hinaus. Er begann ohne SPD die neue Sitzung und bestrafte den Chef mit 20 Tagen. "Wegen der Schwere der Beleidigung. Dr. Adenauer ist eine Staatsfigur." ...<<

Der englische Sozialist Fenner Brockway schrieb später über den SPD-Politiker Kurt Schumacher (x111/18): >>Ich sehe in ihm die ganze Tragödie Deutschlands. Er verlor seinen rechten Arm im Ersten Weltkrieg. Sein Gesicht zeigt die Spuren zwölfjährigen Aufenthalts im KZ und prägt dessen physische Kennzeichen – seine Augen sind verglast, und seine Zähne wurden ihm von Gestapo-Männern aus dem Munde geschlagen. Seine Nase mutet anomal lang an, weil so wenig Fleisch auf seinen Knochen liegt, Furchen zerpflügen sein Gesicht, seine Lippen sind dünn und geradlinig, seine Schultern gebeugt, sein Körper mager, und er sieht tuberkulös aus.

Wenn ein Filmregisseur einen Menschen braucht, um das Leid zu verkörpern, so könnte er dies nicht eindrucksvoller als durch die Wahl Schumachers tun. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 28. Oktober 2000 über Kurt Schumacher (x887/...): >>"National sein ist Ehrensache!"

... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren."

Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden".

Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.

Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. ...

Schumacher wurde krank. Er litt unter Magengeschwüren und einer Darmkrankheit ... Im März 1943 wurde er aus der Haft entlassen nach Hannover zu seiner Schwester, die ihn aufzupäppeln sich bemühte, bis sie ausgebombt wurde. ...

Schumacher: "National sein ist Ehrensache!"

An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politischer Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften ... teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die

Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2008 (x887/...): >>**Westbindung gegen wirtschaftliche Vorteile**

Vor 60 Jahren unterzeichneten Adenauer und die Alliierten Hohen Kommissare das Petersberger Abkommen

Vor 60 Jahren hatten der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Vereinigten Staaten von Amerika ein wichtiges gemeinsames Ziel. Beide wollten die Westbindung der Bundesrepublik einschließlich Teilnahme an der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, Europarat und Marshallplan.

Und wie Adenauer hatten auch die USA ein Interesse daran, daß der amtierende Bundeskanzler im Amt blieb. Mit der Alternative, Oppositionsführer Kurt Schumacher, war die geplante Westbindung nämlich kaum zu erreichen. Der sozialdemokratische, patriotische Westpreuße wollte ein sozialistisches, unabhängiges, geeintes Deutschland. Die Bindung an den "kapitalistischen Westen" lehnte er ab, weil sie - zumindest in seinen Augen - zum einen analog zur Ostbindung der DDR die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erschwerte und zum anderen der Bundesrepublik ihre vermeintliche Wahlfreiheit zwischen Sozialismus und Kapitalismus nahm.

Adenauer wußte, daß seine Politik der Westbindung in der Bundesrepublik nur politisch mehrheitsfähig und damit durchsetzbar war, wenn sie mit einer Verbesserung der Lebenssituation seiner Mitbürger einherging. Schon aus diesem Grunde mußte er sich für eine Lockerung des Besatzungsregimes mit seinen Demontagen und Beschränkungen etwa der Werftindustrie einsetzen. In den USA sah man durchaus ein, daß man den Bundesbürgern materielle Anreize bieten mußte, wollte man sie als Verbündete in der bipolaren Ordnung mit der Sowjetunion gewinnen.

Abgesehen davon, daß es fünf Jahre nach dem Völkerringen in den USA durchaus noch Resentiments gegen Deutsche gab, wollten die US-Amerikaner es allerdings verhindern, in dieser Frage von der Bundesregierung gegen ihre Verbündeten und Mitbesatzungsmächte Großbritannien und Frankreich ausgespielt zu werden. Entsprechend reserviert war ihr Entgegenkommen gegenüber der Bundesregierung.

Im Prinzip stellten sich vor 60 Jahren die drei Westmächte zu der in Aussicht stehenden Stärkung der Bundesrepublik genauso wie 40 Jahre später. Die europäischen Mächte Großbritannien und Frankreich reagierten mit Angst. 1949 wurde die Fortsetzung der wirtschaftlich-industriellen Knebelung der Bundesrepublik von Frankreich aus sicherheitspolitischen Gründen gewünscht, damit Deutsche in Feldgrau "nicht ein viertes Mal in hundert Jahren" auf französischem Boden stünden, und von den Briten aus wirtschaftspolitischen, um die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht zu groß werden zu lassen.

Die USA hingegen reagierten 1949 wie 1989 mit der Souveränität einer Supermacht. Ihnen schien die Bundesrepublik weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch gefährlich werden zu können. In den USA wußte man 1949 wie 1989, daß eine Stärkung der Bundesrepublik die Stärkung des von ihnen selbst geführten westlichen Lagers bedeutete, sofern denn die Westbindung der Bundesrepublik sichergestellt wäre.

Ein Pfand war den US-Amerikanern dabei das wenige Wochen vor der Verkündung des Grundgesetzes beschlossene Ruhrstatut, das der Bundesrepublik die alleinige Verfügungsgewalt über das wirtschaftliche Herz Deutschlands, wenn nicht gar Europas, das Ruhrgebiet, vorenthielt. Gemäß diesem von den Westalliierten und den Beneluxstaaten beschlossenen Statut sollte eine von den Unterzeichnerstaaten und Deutschland beschickte Ruhrbehörde das Aufsichtsrecht über die westdeutsche Schwerindustrie ausüben.

Von der Bundesregierung erwarteten die Besatzungsmächte nun, daß sie wie die Signatarstaa-

ten Vertreter in die Behörde entsandte und sie damit anerkannte. Für Schumacher war das genauso wie die gemeinsame Mitgliedschaft mit dem Saarland im Europarat Verrat - und Adenauer ein "Bundeskanzler der Alliierten", denn dieser setzte die Mitarbeit in der Ruhrbehörde wie den Beitritt zum Europarat durch.

Im Gegensatz zu den Franzosen und Briten, aber ähnlich wie die US-Amerikaner verband der Kanzler mit der Ruhrbehörde die Hoffnung, daß von diesem Instrument der einseitigen Diskriminierung der Bundesrepublik eine westeuropäische Integration gleichberechtigter Staaten ausgehen könne. Erleichtert wurde der Bundesregierung die Entscheidung zur Mitarbeit in der Ruhrbehörde durch diverse, insbesondere wirtschaftliche und damit für den Volkswohlstand bedeutende Erleichterungen des Besatzungsregimes: Die Demontagen wurden eingeschränkt, die Beschränkungen im Schiffbau gelockert und die Errichtung von Konsulaten in den westlichen Ländern genehmigt.

Festgezurrt und verbindlich gemacht wurden diese ersten Schritte der Bundesrepublik Richtung Westbindung und die Gegenleistungen der Besatzer durch das Petersberger Abkommen. Vor 60 Jahren, am 22. November 1949, unterzeichneten der deutsche Bundeskanzler auf der einen Seite sowie die drei Alliierten Hohen Kommissare Sir Brian Hubert Robertson, André Francois-Poncet und John Jay McCloy auf der anderen diese erste frei ausgehandelte Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und ihren Besatzungsmächten auf dem Petersberg, dem Sitz der Alliierten Hohen Kommission.<<

Der französische Außenminister Robert Schuman schlug am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wurde (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit der deutschen Industrie ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.

Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<

Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister Robert Schumann den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.

Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. ...<<

In Paris unterzeichneten Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion (x156/73):

>>... Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.



## Artikel 2

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...

## Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

## Artikel 98

Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<

Die Montanunion war eine supranationale Behörde mit unabhängiger Entscheidungsbefugnis und verfügte bereits über wesentliche Strukturen der späteren EWG. Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der EGKS-Vertrag trat am 23. Juli 1952 in Kraft - wurde angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen.

Die von den westlichen Siegermächten angeordnete Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl sollte in erster Linie die Gefahr von Kriegen zwischen den Signatarstaaten endgültig bannen und gewährleistete zusätzlich eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankreich ging es damals nicht nur um die Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sondern vor allem um die Förderung der eigenen Wirtschaft.

Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages stellte die Montanunion schließlich am 23. Juli 2002 ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gingen danach auf die EG über.

Die Bundesrepublik wurde am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

Am 9. Juli 1951 beendete die britische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland. Frankreich und die USA beendeten am 13. Juli 1951 und am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

Bundeskanzler Adenauer erläuterte am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

... Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität

*Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?*

auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...

Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schumann diesen Vorschlag machte,

*Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!*

ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten, unmöglich würde. ...

Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig

und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,

*Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!*

um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.

*Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! – Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!*

Das ist – ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.

*Beifall bei den Regierungsparteien ...<<*

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**

Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.

Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. ...

Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahllexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!

Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen. ...

Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen. Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen.

Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.

Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar. ...

Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. ...

Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder

dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?

Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. ... In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.

Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.

Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.

Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprochen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht! ...

Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokes sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.

So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.

Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertealter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (17/1953) berichtete am 22. April 1953 über die EU-ROPA-VERFASSUNG: >>Unlösbare Gemeinschaft

Am 12. Mai sollen die Außenminister der sechs Staaten, die in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verbunden und durch ihre Regierungen für ein Bündnis in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehen sind, den Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Politischen Gemeinschaft prüfen.

Dieser Verfassungsentwurf wurde am 9. März in Straßburg den sechs Ministern überreicht und am 10. März von der sogenannten Ad-hoc-Versammlung der Montanparlamentarier und von zugewählten Abgeordneten der sechs nationalen Parlamente in Straßburg verabschiedet.

Durch den Artikel 102 dieser Straßburger Satzung wird bestimmt: "Erlangt ein Mitgliedsstaat seine Hoheitsgewalt wieder über ein Gebiet, das am 31. März 1937 einen Teil dieses Staates

gebildet hat, so wird diese Satzung lediglich durch die Tatsache der Wiedererlangung der Hoheitsgewalt auf das betroffene Gebiet erstreckt."

Der letzte Satz des Artikels 1 der Satzung lautet: "Sie (die Gemeinschaft) ist unlösbar."

Wenn diese Satzung unverändert in Kraft treten sollte, wäre eine deutsche Regierung nach der Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetischen Besatzungszone zu einem deutschen Gesamtstaat verpflichtet, einen Vertrag auszuführen, der ihre souveränen Rechte, auf die zu verzichten sie nicht einmal Gelegenheit hatte, wesentlich einschränkt und eine selbständige deutsche Politik unmöglich macht.

Der Artikel 5 der Satzung stellt fest: "Die Gemeinschaft bildet mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Rechtseinheit ..."

Da diese Bestimmung Inhalt der Satzung ist, würde sie im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands die Wirkung des EVG-Vertrages und des Vertrages über die Montan-Union auf ganz Deutschland automatisch ausdehnen. Konrad Adenauer weissagte denn auch in Amerika, auch ein wiedervereinigtes Deutschland werde seiner, des Kanzlers, EVG-Politik anhängen.

Die Unterwerfung des wiedervereinigten deutschen Staates unter die Oberhoheit der Europäischen Politischen Gemeinschaft würde also nach der Satzung automatisch und ohne weiteres kommen, ein entsprechend größeres Gewicht der Deutschen in dieser Gemeinschaft dagegen nicht. Um die deutsche Fraktion in der "Völkerkammer" zu verstärken, bedürfte es eines einstimmigen Beschlusses des Ministerrats unter Zustimmung der Völkerkammer.

Durch dieses Verfahren sind aber die Rechte eines kommenden Vierzonen-Deutschland auf angemessene Vertretung, die sich aus dem Anschluß der deutschen Gebiete außerhalb der Bundesrepublik für die EVG und die Montan-Union ergeben, noch nicht gewährt. Der Ministerrat muß über die Neuverteilung der Stimmgewichte im Rat für Montan-Union und EVG einstimmig entscheiden.

Die Bundesregierung ist dabei durch das Grundgesetz gar nicht ermächtigt, Hoheitsrechte einer kommenden gesamtdeutschen Regierung auf übernationale Autoritäten zu übertragen; denn die Zuständigkeit der Bundesregierung ist auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt.

Artikel 23 des Grundgesetzes: "Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

Diese anderen Teile Deutschlands können aber wiederum nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehören, denn nach dem Schlußartikel des Grundgesetzes tritt dieses außer Kraft, sobald das deutsche Volk in der Lage ist, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung eine neue Verfassung zu geben.

Mit dieser Bestimmung hat der Parlamentarische Rat 1949 die Möglichkeit des einfachen Anschlusses der jetzt abgetrennten oder sowjetisch besetzten Gebiete an die Bundesrepublik rechtlich unmöglich gemacht und die politische These, die Bundesrepublik sei der Kernstaat eines freien Deutschland, im rechtlichen Sinne zurückgewiesen.

Da der Bund also weder durch das Grundgesetz noch durch allgemein anerkannte Regeln des Staats- oder Völkerrechts ermächtigt ist, Hoheitsrechte über Gebiete abzutreten, die ihm nicht angehören, sind die Artikel 5 und 102 der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft undurchführbar und die Satzung selbst für eine Regierung einer gesamtdeutschen Republik ebenso unverbindlich wie der EVG-Vertrag, der Vertrag über die Montan-Union oder ein Vertrag über die Europäisierung der Saar.

Die Verfasser der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft, unter ihnen deutsche Parlamentarier mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rechtsanwalt und Notar Heinrich

von Brentano an der Spitze, haben das übersehen. In Bonn wehrten sie sich verzweifelt gegen eine Überprüfung ihrer Arbeit durch Experten der Regierung. Heinrich von Brentano, Präsident der Europäischen Verfassungskommission, erklärte vor der Presse im Kabinettsaal des Palais Schaumburg: "Wir sind selber Rechtsexperten."<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (26/1955) berichtete am 22. Juni 1955 über die MONTANUNION: >>Umsteigen in den Bummelzug

In dem schwarzen Citroën, der an einem der ersten Junitage die salutierende Wache des Luxemburger Schlosses passierte und direkt zum "Casino" am Roosevelt-Boulevard fuhr, saß ein erschöpfter, resignierender Mann. Der Abschiedsbesuch, den der scheidende Präsident der Montanbehörde, Jean Monnet, soeben mit seiner Gattin der Großherzogin Charlotte von Luxemburg abgestattet hatte, war kurz und konventionell gewesen. Jetzt erst kam für Monnet das Schlimmste. Im Restaurant "Casino", das neben dem "Hotel Kravat" Schauplatz der wenigen gesellschaftlichen Ereignisse der Luxemburger Kohle- und Stahldiplomatie ist, erwarteten ihn seine Mitarbeiter.

Da standen sie im Vestibül, die es vor zweieinhalb Jahren unternommen hatten, mit dem kleinen Franzosen den ersten politischen Stoßtrupp für die Vereinigten Staaten von Europa zu wagen, und die sich im ersten Überschwang bereits Europa-Pässe ausgestellt hatten, die außer den sechs Ländern niemand anerkennt. Da stand der massige deutsche Vizepräsident Franz Etzel, von dem es auf den Korridoren der Montanbehörde wechselweise hieß, er habe Monnet oder Monnet habe ihn unter seiner Fuchtel. Da zeigte sich der zweite Vizepräsident, der Belgier Albert Coppé, sichtlich gerührt.

Da war der Franzose Pierre Uri, der Vertraute Monnets, der schon im kleinen Speisezimmer des Planungskommissariats Paris dabeigewesen war, als Monnet in Gesprächen erste Gedanken äußerte, die später in den Schumanplan mündeten.

Jener Professor Uri, der seinen anfänglichen Europa-Fahrplan (SPIEGEL 9/1953), nach dem bereits 1956 der gemeinsame europäische Markt für die Landwirtschaft und die Textilindustrie und ein Jahr später die erste europäische Bundesregierung kommen sollten, heute schmerzlich einen "Code philosophique" nennt. Und da drucksten schließlich die Söhne zweier bekannter Politiker herum, die Junioren Pinay und Spaak, die sich unter Monnet ihre europäischen Sporen hatten verdienen wollen.

Franz Etzel hielt die Abschiedsrede. Er feierte Monnet als den Mann, dem es in erster Linie zu verdanken sei, "daß der gewagte Versuch gelungen ist, fünf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg sechs Staaten zu einer neuen Gemeinschaft zusammenzuführen". Er schloß nicht ohne Pathos: "Wir können schon jetzt hieraus ableiten, daß es nie wieder einen Krieg zwischen den Weststaaten geben wird."

Als die Familie Monnet am übernächsten Tag Luxemburg verließ, trug der zurückgetretene Präsident in seinem Gepäck das kostbare silberne Geschenktablett mit den eingravierten Namen aller Mitglieder der Hohen Behörde, das Etzel ihm zum Abschied überreicht hatte. Der Schöpfer des Schumanplans zog sich auf seinen Landsitz bei Paris zurück, um für eine Weile den Gesellschaftsanzug mit seinem Wanderzeug, Skihose, Windbluse und Schlägermütze, zu vertauschen.

In Luxemburg blieb das europäische Team zurück und bereitete sich auf den Empfang des neuen Präsidenten René Mayer vor. Die meisten Mitglieder der Hohen Behörde hatten zwar gemeint, wenn Monnet gehe, solle doch - wie Monnet es selbst einmal angeregt hatte - Franz Etzel auf den Stuhl des ersten Präsidenten nachrücken. Aber Etzel hatte Vertrauten erklärt: "Wir Deutschen sind schon wieder so selbstgefällig. Muß ich denn, wenn ich mich mit der Menschheit verkracht habe und jetzt wieder in den Verein aufgenommen bin, gleich anstreben, Vorsitzender zu werden?"

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, den die Gunst des deutschen Bundeskanzlers in

kurzer Zeit auf den mit rund 50.000 Mark steuerfreiem Jahreseinkommen dotierten Posten des Vizepräsidenten hob, kann auch ohne Präsidentenamt mit seiner Nachkriegskarriere zufrieden sein. Er hat sonst in seinem Leben längere Zeit gebraucht, um sich durchzubeißen: als Junge in seinem Heimatstädtchen Wesel, nachdem das Baugeschäft des Vaters zusammengebrochen war und er aus der Obersekunda in die Kohlenzeche Sterkrade unter Tage mußte. Dann, als er sein Abitur nachbüffeln und sich später das Geld für sein juristisches Studium selbst verdienen mußte, ehe er als Sozius in eine Duisburger Rechtsanwaltsfirma eintreten konnte.

Der heute 52jährige Vizepräsident in Luxemburg hat nach dem Kriege in Duisburg die Kreispartei der CDU gegründet und zeichnete später für das wirtschaftspolitische Programm der Christlich-Demokratischen Union mitverantwortlich. Im ersten Deutschen Bundestag war er Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der für den Schumanplan federführend war. Von dort kam er direkt als zweiter Mann zur Hohen Behörde.

Das Amt des ersten Mannes in Luxemburg scheint gegenwärtig vielen Beobachtern nicht allzu begehrenswert. Denn seit vor einigen Monaten bekannt wurde, daß Jean Monnet sein Amt aufgibt, muß sich die Montanunion mit einer hartnäckigen Kritik herumschlagen, für die die "Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung" die knappe Formel fand:

- Brauchen wir denn überhaupt noch die Montanunion? Bleibt es bei den Nationalwirtschaften, wie es jetzt aussieht, dann ist kein Platz für supranationale Bevormundungen der nationalen Wirtschaftspolitik souveräner Staaten. Kommt es aber zur wirklichen Vereinigung Europas, also zum "einzigem Markt", dann brauchen wir sie ebensowenig.

- Wenn es von 1950 bis 1955, also mit der starken Bereitschaft einer nicht souveränen Bundesrepublik, nicht gelang, Europas Vereinigung zu betreiben, um wieviel schwieriger muß das nach 1955 sein, da sich alle Länder in Europa wieder an die nationalwirtschaftlichen Daseinsformen gewöhnt haben.

Auf die Frage, wie es heute um Europa stehe, erhält man deshalb von Franz Etzel eine düstere Antwort. Er sagt: "Ich mache mir Sorgen. Das muß man ja, wenn man sieht, wie überall wieder nationalistische Tendenzen im Busche sind. Ich bin auch nicht so sehr überzeugt, daß bei den verantwortlichen Politikern das Gefühl für Europa noch so da ist wie vor zweieinhalb Jahren."

Dabei ist es keineswegs so, daß der am 18. April 1951 durch die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten geschlossene Vertrag über die Kohle- und Stahlgemeinschaft etwa nicht programmgemäß eingehalten worden wäre. Pünktlich und übereinstimmend mit den Vorbesprechungen wurden die einzelnen Etappen zurückgelegt:

- Am 10. Februar 1953 wurde der gemeinsame Markt für Kohle und Erze eröffnet.

- Am 15. März 1953 folgte der gemeinsame Markt für Schrott.

- Am 1. Mai 1953 entstand der gemeinsame Markt für Stahl.

- Am 1. August 1954 wurde der gemeinsame Markt für Edelmetalle errichtet.

Seit diesen Tagen kann jeder Geschäftsmann der Montanunion in jedem Land der Gemeinschaft kaufen und verkaufen, als existierten zwischen diesen Ländern keine Grenzen mehr. Für Kohle und Stahl gibt es seitdem keine Zölle mehr, keine unterschiedlichen Inlands- und Auslandspreise (jede Firma muß in Luxemburg eine Preisliste hinterlegen), keine Devisenschwierigkeiten und keinerlei Ex- oder Importrestriktionen. Aus dreißig unterschiedlichen Eisenbahntarifen in ihrem Gebiet machte die Union einen einzigen.

Den Regierungen wurde durch den Vertrag überdies verboten, die Industrie-Unternehmen ihrer Länder zu subventionieren und ihnen Ausnahmetarife bei den Staatsbahnen oder sonstige Beihilfen zu gewähren, die einem echten Wettbewerb zuwiderlaufen. Früher wurden die Frachttarife an den Grenzbahnhöfen für die Inlands- und die Auslandsstrecke getrennt berechnet, heute gibt es "durchgehende" Tarife. Für eine Tonne Ruhrkoks auf dem Wege zu den lothringischen Stahlwerken bedeutet das eine Frachtverbilligung um 9,32 Mark. Umgekehrt

verbilligt sich Lothringer Walzstahl auf dem Wege nach Bayern um bis zu acht Mark Fracht je Tonne.

Die durch eine vierzigjährige Abkapselung der Nationalwirtschaften verbogene Wirtschaftsgeographie beginnt sich wieder einzurenken: Süddeutschland beispielsweise bezieht jetzt mehr Kohle aus den nahegelegenen Saargruben und aus Lothringen Stahlprodukte; Belgien und Holland dagegen verfünffzehnfachten ihre Kohleimporte aus dem Aachener Revier ...

Die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten der Montanunion haben keinen direkten Einfluß mehr auf diesen neuen Kreislauf der Kohle- und Stahlindustrie ihrer Länder; die nationale Regierungsgewalt für die Schwerindustrie ist durch den Schumanplan-Vertrag auf die supranationale Hohe Behörde in Luxemburg übergegangen.

Ein Heer von Beamten schwärmt ständig von Luxemburg aus, um die mit der revolutionären Umstellung zusammenhängenden Probleme zu regeln. Wirtschaftlicher Hauptzweck der Montanunion ist ein höherer Lebensstandard für die 160 Millionen Menschen der Gemeinschaft, erzielt durch niedrigere Produktionskosten.

Deshalb müssen beispielsweise Kohlengruben in Süd- und Mittelfrankreich stillgelegt werden, denn nach dem Fortfall aller Zölle und Subventionen ist die über den Seeweg hereinströmende belgische Kohle plötzlich billiger. Die Kommissare der Hohen Behörde betreiben die Stilllegung dieser unrentabel gewordenen Schächte. Sie leiten die Umsiedlung von 5.000 dadurch arbeitslos werdenden Kumpels ein, und die Montanbehörde zahlt die Kosten: Jeder umgesiedelte Familienvater erhält 2.500 Mark Abfindung.

Auch in der Borinage in Belgien müssen 4.000 Bergarbeiter ihre Heimatorte verlassen, weil ihre Zechen nach dem Ausbleiben der Staatssubventionen nicht mehr mit der jetzt frei hereinströmenden Kohle des gemeinsamen Marktes konkurrieren können. Luxemburger Beamte verhandeln mit den Gewerkschaften und der Regierung, um diese Arbeitskräfte in das Kempenener Land umzusiedeln, wo Arbeitskräfte für moderne, rentable Zechen gesucht werden. Das gleiche Schicksal trifft 2.000 französische Stahlarbeiter an der Loire, und in Italien müssen Tausende mit ihren Familien in andere Gebiete und andere Industriezweige verpflanzt werden, weil ihre vorsintflutlichen Eisenwerke jetzt nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Die Hohe Behörde verfügt auch über eine Art Gewerbepolizei. Sobald irgendwo ein Verstoß gegen den Vertrag gemeldet wird, schickt Luxemburg den beschuldigten Firmen Prüfer ins Haus. Die supranationalen Beamten stöbern in den Büchern und Lagerhallen umher wie die Steuerfahnder, und die Hohe Behörde zögert nicht, schwere Strafen zu verhängen. Belgische und italienische Stahlfirmen waren die ersten, die wegen Verkaufs zu Dumpingpreisen hohe Geldstrafen zahlen mußten.

Auch die sechs Regierungen bekommen die Autorität der Hohen Behörde zu spüren. Als beispielsweise die französische Regierung das Eindringen billiger belgischer Kohle über den Seeweg nach Frankreich dadurch abzuwenden versuchte, daß sie über eine Ausgleichskasse die Binnenschiffahrtsfrachten subventionierte, griff Luxemburg sofort ein. Die Behörde entschied, daß die Ausgleichskasse der Einführung eines Einfuhrzolls gleichkomme und laut Artikel 4 des Schumanplan-Vertrages verboten sei. Die Kasse wurde aufgehoben.

Von der sizilianischen Stiefelspitze bis zum holländischen Meerbusen überwachen luxemburgische Beamte Europas Schwerindustrie. Zweck dieser Maßnahmen ist es, die alte Arbeitsteilung wiederherzustellen, die in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatte.

Die Montanunion geht aber weiter. Sie will die Produktion dort forcieren, wo sie am billigsten ist. Unrentabel arbeitende Fabriken, die im Schatten von Zollschranken und Subventionen entstanden sind, sollen geschlossen und die Preise dadurch gesenkt werden, daß jeder beim billigsten Produzenten einkaufen kann und durch keinerlei staatliche Restriktionen oder private Kartellabsprachen benachteiligt wird.

Immer wieder stieß die Hohe Behörde jedoch bei dem Bemühen, für alle Kohle- und Stahlge-

sellschaften ihres Bereichs gleiche Kostengrundlagen zu schaffen, auf Kompetenzbereiche, die im Schoße der einzelnen Nationalregierungen verblieben waren. Sie stieß auf unterschiedliche Steuergesetzgebung, auf völlig verschieden geartete Systeme der Sozialversicherungen, auf die Arbeitslosen-Fürsorge, auf Exportförderungen; alles Dinge, die die Kostenkalkulation der Fabriken beeinflussen. Sie stieß vor allem auf die unrealistischen Wechselkurse der Währungen, die auch einer effektiv billigeren Ware oft den Weg in das Nachbarland versperren. (Der französische Franc beispielsweise ist gegenüber den anderen Währungen an der wirklichen Kaufkraft gemessen um 15 Prozent überbewertet.)

Monnet hatte von Anfang an gewußt, daß die Montanunion allein kaum lebensfähig sein würde. Er wollte nicht bei Kohle und Stahl stehenbleiben, sondern den Kreis der Branchen, die von Luxemburg aus dirigiert werden, laufend erweitern. Einige Interpreten dieser supranationalen Methode der Teilintegrationen dachten an die Reihenfolge: Kohle und Stahl, Energiewirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft (nach dem Plan des französischen Ministers Pflimlin), Textilien, Chemie usw.

Mit der Übertragung aller Regierungsvollmachten für Kohle und Stahl auf die Hohe Behörde war durch den Schumanplan die Gewalt über die Schwerindustrie aus der Verantwortung der Nationalregierungen herausgelöst worden. Auf militärischem Gebiet sollte es nach dem Willen der französischen Politiker, die mit Jean Monnet einig gingen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sein, der gleichfalls supranationale Vollmachten für eine integrierte Wehrmacht Westeuropas gegeben werden sollten.

Als aber in der Pariser Nationalversammlung über die EVG entschieden wurde, stand an der Spitze Frankreichs ein Mann, der von der Vortrefflichkeit einer Teilintegration ohne England keineswegs überzeugt war. Ministerpräsident Pierre Mendès-France hielt nichts von der Vereinigung Westeuropas zu einem Bundesstaat. Mit Jean Monnet, einem der tatkräftigsten Verfechter dieser Idee, verband ihn außerdem seit der Zeit der französischen Exilregierung in Algier eine persönliche Feindschaft.

Jean Monnet hatte damals auf dem einzigen lebenswichtigen Posten der Exilregierung gesessen; in den USA, an der Quelle aller Unterstützung für den General de Gaulle. Mendès-France war im Exilkabinett Wirtschaftsminister, als Finanzminister fungierte René Pleven, Transportminister war René Mayer. Die engen Freunde Pleven, Mayer und Monnet fanden sich in dieser Zeit zu einem Dreieckspiel zusammen, und Mendès-France kam wegen Monnets glänzender Beziehungen in Washington nie so recht zur Geltung. Nach der Befreiung hatte es dann weitere Unstimmigkeiten gegeben, als Jean Monnet im Planungskommissariat die Marshallplan-Gelder in der Schwerindustrie anlegte und Mendès-France als Präsident des Rechnungshofes sich mit Monnets knappen Auskünften über den Weg und Verwendungszweck der Gelder nicht begnügen wollte.

Am 30. August 1954 tat Mendès-France keinen Handschlag, die sterbende EVG zu retten, der General Aumeran den Fangstoß gab. Damit war eine der beiden supranationalen Säulen, auf denen die Anhänger Jean Monnets das neue Europa errichten wollten, jäh zusammengestürzt. Monnet bekannte: "Ich bin bis in mein Innerstes entsetzt!" Und in der Tat ist die Ablehnung der EVG zu einem Wendepunkt der Integration Europas geworden.

Am 9. November erreichte die Zusammenarbeit zwischen Monnet und dem Pariser Regierungschef ihren Tiefstand. Der Montan-Präsident rief seine engsten Mitarbeiter in Luxemburg zu einer Sondersitzung zusammen. Er teilte ihnen mit, er wolle zurücktreten, um in der französischen Innenpolitik dem bedrohten europäischen Gedanken neuen Rückhalt zu geben. Trotz aller Warnungen (Etzel: "Es gelang uns nicht, ihn umzustimmen") beging Monnet an diesem Tage einen taktischen Fehler. Er schickte einen Kurier mit einem Schreiben an Mendès-France nach Paris. Darin teilte er dem Ministerpräsidenten mit, er werde sein Amt am 10. Februar 1955 niederlegen.



Mit dem Ende der EVG, dem demonstrativen Rücktrittsangebot Monnets und dem Rückzug seines Freundes Marjolin aus der OEEC, dem Europäischen Wirtschaftsrat, waren die supranationalen Paneuropäer um eine weite Strecke zurückgeworfen. Vizepräsident Etzel meint: "Es ist nicht zu leugnen, daß die Zurückweisung der EVG der europäischen Integration einen schweren Schlag versetzt hat." Etzel wendet sich aber leidenschaftlich gegen die seit der Entscheidung des französischen Parlaments auch in der Bundesrepublik lauter gewordenen Kritik an der verbliebenen supranationalen Europa-Säule, der Montanunion.

Manchen Industriellen der Bundesrepublik dagegen erscheint es nicht als Nationalismus, wenn man sich nach der Ablehnung der supranationalen Konzeption ausgerechnet durch die Nation, die seinerzeit den Montanvertrag vorgeschlagen hat, Gedanken über den Wert dieser Institution und ihre Ausdehnungsbestrebungen macht.

Tatsache ist, daß seit Ablehnung der EVG sowohl in Frankreich als auch in Deutschland nationalwirtschaftliche Überlegungen Gewicht gewinnen, und daß damit auch historisch begründete Gegensätzlichkeiten, die schon viel an Bedeutung verloren hatten, wieder aktuell werden. In der Bundesrepublik löste insbesondere die Behandlung des deutschen Kohlenverkaufs-Systems, das schon früher Gegenstand deutsch-französischer Auseinandersetzungen gewesen war, Kritik an der Montanunion aus.

Seit 1893 war an der Ruhr alle Kohle über ein Kartell verkauft worden, das den Namen "Rheinisch-Westfälisches Kohlsyndikat" trug und vor einigen Jahren auf den Namen "Georg" (Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle) getauft wurde. Das Hauptquartier dieser Verkaufsorganisation befand sich in Essen. Ihr hatten alle Kohlenzechen-Gesellschaften freiwillig den Verkauf ihrer gesamten Kohle übertragen. Einer der großen Wirtschaftsführer des Ruhrgebiets, Emil Kirdorf, hatte dieses Kartell Ende des vergangenen Jahrhunderts nach einer schweren Krise gegründet, um für die Zukunft einen Konkurrenzkampf bis aufs Messer, wie er damals herrschte, zu vermeiden.

Mit diesem Kohlsyndikat Kirdorfs war die deutsche Wirtschaft in mehr als fünf Jahrzehnten gut gefahren. Von Essen aus wurden die bei der Förderung an der Ruhr zwangsläufig anfallenden mehr als hundert verschiedenen Kohlesorten zentral erfaßt und an die verschiedenen Verbrauchergruppen geliefert. Dabei lag es in der Macht des Syndikats, etwa einem Verbraucher zu bedeuten, er müsse, wenn er 500 Tonnen Anthrazitkohle wolle, auch 200 Tonnen weniger begehrte Gasflammkohle abnehmen. Durch diesen straff gelenkten Absatz konnte das Syndikat eine gleichmäßige Beschäftigung der Zechen garantieren. Von Essen aus wurden monatlich 950 geschlossene Kohlenzüge von den verladenden Zechen zu den Abnehmern dirigiert.

Für die lothringische Stahlindustrie, die den Koks französischer Zehengesellschaften in ihren Hochöfen nicht verwenden kann, weil er nicht druckfest genug ist, um das Gewicht der Erzfüllung auszuhalten, war der Bezug von Ruhrkohle und Ruhrkoks immer eine Lebensfrage. Auch die französischen Stahlwerke konnten nur von dem Essener Kohlenkartell kaufen. Die Machtstellung des Syndikats war der französischen Industrie deshalb immer ein Ärgernis.

Als die Franzosen 1923 in das Ruhrgebiet einmarschierten, weil einige hundert Tonnen Reparatorkohle nicht rechtzeitig geliefert worden waren, besetzten vorauseilende Radfahrtruppen in Essen als erstes das Gebäude des Kohlsyndikats. Aber sie fanden das Haus leer. Am Vorabend hatten Emil Kirdorf und andere führende Männer die Beamtenschaft des Syndikats zusammengesammelt.

Nach einer Lageschilderung hatten die Beamten nahezu einstimmig beschlossen, das ganze Syndikat zu verlagern. Die Kohlenmänner machten sich noch während der Nacht daran, sämtliche Akten in einen Sonderzug zu verladen, den die Reichsbahndirektion Essen zur Verfügung gestellt hatte. Das Syndikat ging ins Exil, in eine Blumenmarkthalle nach Hamburg.

Nach dieser Flucht machten die Franzosen das Syndikatsgebäude zum Arrestlokal. Während

der "Franzosenzeit" holte sich die lothringische Eisenindustrie ihre Ruhrkohle, ohne das Syndikat befragen zu müssen, direkt von den Zechen. Bergwerksdirektoren, die die Lieferung verweigerten oder auf deren Zechen bereits geförderte Kohle wieder unter Tage geschafft wurde, um sie nicht den Franzosen in die Hände fallen zu lassen, wurden verhaftet. Es folgten Prozesse. Geld- und Gefängnisstrafen wurden verhängt. Erst im Herbst 1923 konnte die Verwaltung aus Hamburg zurückkehren, und noch lange weigerten sich die Franzosen, mit dem Kohlensyndikat zu verhandeln.

An der Ruhr rief es deshalb unangenehme Erinnerungen wach, als nicht nur die Alliierten, sondern auch die Männer der Montanunion Anstalten machten, das Nachkriegssyndikat zu dekartellisieren, weil Kartellabsprachen als wettbewerbshindernd im Schumanplan verboten sind. Die Hohe Behörde setzte es dank ihrer supranationalen Macht durch, daß aus der einen Kohlen-Verkaufsgesellschaft sechs selbständige Unternehmen wurden, die den Verkauf der Kohlenproduktion von jeweils acht bis elf Kohlenzechen übernahmen. Jede Einzelgesellschaft setzt ihre Preise, Rabatte und Verkaufsbedingungen selbständig fest. Absprachen untereinander sind verboten.

Für die alten Kohlenfachleute war es nun eine ausgemachte Sache, daß die Franzosen mit dieser Aufsplitterung in sechs Gesellschaften darauf spekulierten, unter sechs verschiedenen Gruppen werde wahrscheinlich immer eine geneigt sein, die Preise der anderen zu unterbieten, was bei dem alten zentralen Verkaufssystem unmöglich war. Frankreich hoffte, so vermutete man, dadurch preisgünstiger einkaufen zu können und nicht dem alten mächtigen Syndikat als einzigem Verhandlungspartner gegenüberzustehen. Eine solche Hoffnung wäre nicht unbegründet; denn schon der alte Geheimrat Kirdorf war der Meinung, ein Waggon billiger Kohle mache ihm den ganzen Markt kaputt.

Dazu der Präsident der deutschen Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Dr. Heinrich Kost: "Die Hohe Behörde hat, wie bisher überhaupt, auch in ihrer Haltung zur Verkaufsorganisation kein Verständnis für unsere Belange gezeigt. Wenn nun die Behörde meint, daß die Versorgungsaufgabe durch den Schumanplan auf sie übergegangen ist, dann müßte sie doch dafür sorgen, daß genügend Energien vorhanden sind. Besonders aus Bayern aber hört man heute große Beschwerden darüber, daß die Versorgung nicht mehr so wie früher klappt."

In Luxemburg dagegen sieht man in der Aufsplitterung der Verkaufsfirmen eine Großtat für den freien Wettbewerb. Franz Etzel kontert Dr. Kosts Vorwürfe mit dem Argument: "Das Kohlensyndikat und auch das frühere Rohstahlkartell waren beides Kartelle der Produzenten, während heute bei uns auch die Arbeiter und die Verbrauchergruppen mitreden können. Daß man an der Ruhr einer verlorenen Macht nachtrauert, ist verständlich. Aber Europa auf der Basis der industriellen Zusammenschlüsse scheint mir doch kein sehr phantasievoller Weg zu sein."

Der deutsche Vizepräsident beklagt sich überhaupt: "Immer wenn etwas schiefgegangen war oder wenn der Umsatz nachließ, hieß es, das komme von der Montanunion. Wenn man aber andererseits auf den gegenwärtigen hohen Produktions- und Beschäftigtenstand an der Ruhr hinweist, dann heißt es, das sei eben die Konjunktur."

Etzel legt Wert darauf, festzustellen, daß Westdeutschland mit der Unterzeichnung des Schumanplan-Vertrages auf dem Wirtschaftssektor Kohle und Stahl bereits zweieinhalb Jahre früher gleichberechtigter Partner der westeuropäischen Staaten wurde als jetzt gesamtpolitisch durch die Rückgabe der Souveränität. Als großen Gewinn für die Bundesrepublik nennt er die von der Hohen Behörde ermöglichte Rekonzentration der zerschlagenen Ruhrkonzerne, die ohne Schumanplan nicht möglich gewesen wäre.

Beginnend mit der Wiederezusammenführung des Mannesmann-Konzerns hat die Hohe Behörde in der Tat die Wiederherstellung vernünftiger Verbundwirtschaften in Deutschland gebilligt, weil derartige Maßnahmen die Gestehungskosten senken und die Wettbewerbslage

verbessern.

Ein zweiter Aktivposten in der Verlust- und Gewinnrechnung, die sich für die Bundesrepublik aus der Teilnahme am Schumanplan ergibt, ist die auf Hochtouren laufende Stahlproduktion. An der Ruhr wurden im vergangenen Jahr 17,4 Millionen Tonnen Stahl produziert (1936: 18,7 Millionen Tonnen im Reichsgebiet). Gegenüber der von den Alliierten für Deutschland ursprünglich vorgesehenen Jahresproduktion von 11,1 Millionen Tonnen Stahl ist das ein großer Aufschwung, wenngleich die deutsche Stahlerzeugung gegenüber dem prozentualen Zuwachs der Stahlproduktion in anderen Mitgliedstaaten der Montanunion noch immer zurückgeblieben ist.

Beispielsweise hat Frankreich seine Stahlerzeugung von 6,7 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf heute 13,4 Millionen Tonnen gesteigert. Da diese Mehrproduktion nie im eigenen Land abgesetzt werden kann, hat sich Frankreich durch den Schumanplan in dem süddeutschen Markt ein wirksames Absatzventil geschaffen (die französischen Lieferungen von Stahl-Walzwerkserzeugnissen nach Deutschland stiegen von 70.057 Tonnen im Jahre 1951 auf 798.966 Tonnen im Jahre 1954, die Lieferungen Belgiens von 2.786 Tonnen auf 241.808 Tonnen).

Auf der Passivseite der deutschen Rechnung steht insbesondere die Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht nur fast die Hälfte aller Umlagezahlungen an die Luxemburger Montankasse leistet, sondern darüber hinaus auch noch fast allein die Ausgleichsabgaben für die Betriebsstillegungen in Belgien zahlen muß. In der Finanzabteilung der Hohen Behörde wird die bisherige Leistung der Bundesrepublik mit insgesamt 200 Millionen Mark angegeben.

Es heißt, Westdeutschland sei nun einmal der größte Produzent unter den Partnerstaaten und müsse auch am meisten zahlen.

Auf der Zeche Rheinpreussen dagegen meint Dr. Kost: "Die Umlage ist so hoch, daß man in Luxemburg daraus einen Fonds von 420 Millionen Mark ansammeln will. Das ist, glaube ich, ein Geld, das man lieber den Werken lassen sollte." Auch nach einer inzwischen vereinbarten Senkung der Umlagesätze fordert die westdeutsche Kohlenwirtschaft weitere Beitragsermäßigung; denn es wird an der Ruhr unwillig vermerkt, daß westdeutsche Zehengesellschaften bisher ihren Aktionären kaum Dividenden zahlen konnten, in Belgien aber Dividenden von fünf, sechs und sieben Prozent ausgeschüttet werden. Die Sanierung der unrentablen belgischen Zechen geht mithin nicht zu Lasten der rentablen Zehengesellschaften Belgiens, sondern zu Lasten der deutschen Kohlenindustrie.

Seit einigen Jahren ist andererseits auch die französische Koks-Erzeugung aus deutscher Kohle kräftig angestiegen. Die direkten Kokslieferungen von der Ruhr nach Frankreich gingen 1954 gegenüber dem Vorjahr um eine halbe Million Tonnen zurück. Das bedeutet, daß Frankreich den unbehinderten Zugang zur deutschen Kohle dazu benutzt, möglichst viel Kohle als reinen Rohstoff einzuführen und sie im eigenen Lande zu verkoken. An der Ruhr hat man dafür eine recht einfache Erklärung: An der Verkokung läßt sich durch das dabei anfallende Gas und andere Nebenprodukte mehr verdienen als am Verkauf der Kohle.

Auch die Deutsche Bundesbahn hat durch den Eintritt der Bundesrepublik in die Montanunion schwere Verluste erlitten. Allein 17 Millionen Mark Einnahmen gehen durch die obligatorische Anwendung des Kohleausnahmetarifs 6 B 1, der früher nur zu Gunsten Deutschlands galt, pro Jahr verloren. Rund 36 Millionen Mark Frachtausfall bringen außerdem die seit dem 1. Mai geltenden direkten internationalen Tarife. Ein entsprechender Ausgleich, etwa durch den Bezug von Minetteerzen aus Lothringen, tritt für die deutsche Wirtschaft nicht ein, weil die Stahlwerke der Ruhr weitgehend auf schwedische Erze eingestellt sind.

Dr. Gerhard Schroeder, Vorsitzender der westdeutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, erklärt dazu: "Alle bisherigen Wettbewerbsverschiebungen haben sich, soweit wir dies zu übersehen vermögen, zu Gunsten unserer westlichen Nachbarn ausgewirkt. Ich nenne ins-

besondere die Zölle, Frachtangleichungen, Beseitigung der Doppelpreise, Öffnung des süddeutschen Marktes für westeuropäische Lieferanten, erhöhter Bezug deutscher Kohle, Übergangshilfen und sonstige Vergünstigungen.

"Alle diese Verschiebungen haben wir in Zeiten der Flaute ungern gesehen und nur schwer, aber trotzdem neidlos getragen, weil sie im Montanunions-Vertrag vorgesehen waren. Aus dieser großzügigen Einstellung kann aber nicht gefolgert werden, daß nun unablässig neue Wettbewerbsverschiebungen zu Gunsten anderer ausländischer Werke stattzufinden hätten und daß diese Forderungen sogar so weit gehen, daß ihre freudige Erfüllung von unserer Seite als Gradmesser unserer europäischen Gesinnung hingestellt wird."

Diese Stellungnahme der deutschen Stahlindustrie, die Dr. Schroeder am 24. Mai in Gegenwart Franz Etzels in Düsseldorf abgab, war bereits die Antwort auf Erklärungen, die europabegeisterte Montan-Parlamentarier während der Jahrestagung ihrer Gemeinsamen Versammlung abgegeben hatten. Von dieser Tagung im Straßburger Europahaus berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", es sei geradezu bedrückend gewesen, anzusehen, mit welcher unkritischer Begeisterung viele Abgeordnete das System der Montanunion als Allheilmittel und Vorbild für den Bau Europas gepriesen hätten.

Die Montan-Abgeordneten, von denen sich ein großer Teil aus Mitgliedern des Europa-Rats rekrutiert, vertraten in ihrer ersten Tagung nach dem Zusammenbruch der EVG-Konzeption die Meinung, es müsse unbedingt wieder etwas für den europäischen Gedanken getan werden. Der deutsche Vizepräsident des Parlaments, Hermann Pünder, versuchte, die europäische Fahne mit einer flammenden Ansprache wiederaufzurichten. Er mahnte, bei einem Rückfall in nationalstaatliches Denken könne sich die auf Kohle und Stahl beschränkte Montanunion als einzige supranationale Organisation Europas nicht halten. Nicht müdes Zurückweichen sei deshalb das Gebot der Stunde, sondern eine Flucht nach vorn.

Nach diesem Motto forderte das Montanparlament die sechs Regierungen auf, als weitere Sachgebiete die Energiewirtschaft, den Verkehr und die Atomkraft unter die supranationale Gewalt der Luxemburger Behörde zu stellen.

Franz Etzel meinte, das sei ein zwar nur kleiner, aber durchaus logischer Schritt und befürwortete eine entsprechende Änderung des Schumanplan-Vertrages. Der noch amtierende Präsident Jean Monnet erklärte sich sogar bereit, auf seinem Posten zu bleiben, wenn die Teilintegration auf diese Weise vorangetrieben werde.

Inzwischen nämlich hatte es sich Jean Monnet mit seinem Rücktritt wieder anders überlegt. Sein Gegner Mendès-France war in Paris gestürzt worden, und außer dem Appell des Montan-Parlaments in Straßburg lag bereits ein weiterer Integrationsvorschlag der Holländer vor, für deren kohleabhängige Exportindustrie und überproduzierende Gemüsebauern ein Vereinigtes Europa geradezu eine Lebensversicherung werden könnte.

Monnet schickte wieder einen Brief nach Paris. Dieses Mal an den neuen Ministerpräsidenten Edgar Faure, in das Pariser Hotel Matignon. Er bot jetzt seine Dienste wieder an:

"Angesichts des Auftriebs, den die europäische Politik der Regierungen erfahren hat, würde man es nicht verstehen, wenn ich mich nicht erneut bereit erklärte, unmittelbar an der Weiterentwicklung des unternommenen Werkes teilzunehmen."

Die Vertreter der für die weitere Integration auserwählten Branchen Energie, Transport und Verkehr aber erhoben in der Bundesrepublik ihre Stimme. Denn so überzeugend hatte die Montanunion auf dem Gebiet von Kohle und Stahl noch nicht funktioniert, daß nun etwa andere Industriezweige voller Ungeduld darauf warteten, auch in das Reich Monnets einverleibt zu werden. Auf dem für die Öffentlichkeit entscheidenden Wertmesser, nämlich auf dem Gebiet des Preisniveaus, hatte sich nach zweieinhalb Jahren gemeinsamen Marktes noch nichts gerührt. Die Verbraucherpreise waren nicht gesunken, sondern im Gegenteil leicht angestiegen. Automobilfabriken, wie das Wolfsburger Volkswagenwerk, kaufen ihre Stahlbleche trotz

der enormen Transportkosten heute noch immer in den USA billiger ein als auf dem gemeinsamen Markt.

Generaldirektor Kost erklärte öffentlich, der Luxemburger Appetit wachse offenbar beim Essen. Der deutsche Kohlenpräsident bestärkte den Widerstand der integrationsbedrohten Branchen: "Die Auflösung der Montanunion kann aus politischen Rücksichten nicht gefordert werden. Gegen die Ausweitung der Zuständigkeit dieser Einrichtung aber muß man sich wie ein Mann erheben."

Das taten die Betroffenen auch. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke warnte in einer Eingabe an Dr. Adenauer, die Einbeziehung von Strom und Gas in die Montanunion könne sich nur hemmend auswirken, weil in der Energiewirtschaft die Integration bereits durch freiwillige Vereinbarungen sehr weit fortgeschritten sei. Das Memorandum bittet den Kanzler, bei allen etwaigen politischen Vorteilen zu bedenken, daß zum Beispiel der Artikel 60 des Vertrages (Verbot unterschiedlicher Preise) Westdeutschland zum Export billiger Braunkohlenenergie nach Frankreich zwingen könne. Es sei nur zu verständlich, daß die Franzosen unter diesen Umständen den Stromlieferanten Deutschland jubelnd begrüßen würden, denn in Frankreich liegen die Strompreise besonders für Abnehmer der chemischen und metallurgischen Industrie weit über den deutschen.

Deutschlands Ölindustrielle äußerten sofort den Verdacht, Frankreich wolle sich durch die vorgeschlagene neue Teilintegration einen sicheren Absatzmarkt für die in seinen Raffinerien in besonders großen Mengen anfallenden Heizöle schaffen. Sie stellten die Frage, wie wohl die internationalen, besonders die amerikanischen Öltrusts auf die Zumutung reagieren würden, den wichtigen Absatzmarkt Europa einer Behörde zu unterstellen.

Generaldirektor Geyer von der Esso AG in Hamburg protestierte: "Mineralöl reist in Tausenden von Tankern über die Weltmeere und ist wohl der internationalste Stoff der modernen Wirtschaft. Seine Einbeziehung in die Montanunion würde nur eine Fessel sein. Ich glaube, daß beim Öl die Fülle der freien Unternehmer-Initiative besser ist als etwa die Erkenntnis eines Sachbearbeiters in Luxemburg."

Selbst die deutsche Chemie-Industrie, von deren Anschluß an Luxemburg noch gar nicht die Rede war, lehnte schon im voraus dankend ab, was den Vizepräsidenten Etzel zu dem Seufzer veranlaßte, die Wirtschaft fürchte sich eben immer, aus ihrem nationalen Schutz herauszukommen.

Die Abneigung gegen den Straßburger Kurs verstärkte sich in Deutschland noch, als während des Besuchs von Außenminister Pinay bei Bundeskanzler Adenauer im Mai die Franzosen ihren alten Wunsch nach dem Moselkanal erneut vorbrachten. Durch diesen Kanal würde die ostfranzösische Schwerindustrie ihre Frachtkosten für Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet halbieren können. Der Deutschen Bundesbahn aber entstünde dadurch ein weiterer Einnahmeverlust von jährlich 70 Millionen Mark.

Auf der letzten Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Stuttgart bekräftigten alle Redner noch einmal ihre Vertragstreue zum Schumanplan. Ebenso deutlich wurde aber dem Prinzip der supranationalen Teilintegrationen eine Absage erteilt. Bundeswirtschaftsminister Erhard rührte an eines der Kernprobleme, als er sagte:

- "Wenn wir den Weg gehen würden, neben Kohle, Eisen und Stahl nun immer weitere Teilbereiche der Volkswirtschaft aus dem nationalen Verantwortungsbereich und damit aus der nationalen Konjunkturpolitik zu entlassen, dann kämen wir in einen Zustand, in dem die nationale Verantwortung nicht mehr getragen werden kann."

Professor Erhard will damit sagen, daß man von ihm nicht verlangen kann, die westdeutsche Wirtschaft und Währung als Ganzes in Ordnung zu halten, wenn er seine Wirtschaftspolitik nur auf eine immer kleiner werdende Anzahl Branchen anwenden kann, während über den anderen Teil der Wirtschaft irgendeine supranationale Behörde bestimmt. Abgesehen davon,

müßte er in diesem Falle auch eine Abteilung seines Ministeriums nach der anderen schließen. Die erneuerte Kandidatur Jean Monnets, dessen Name mit dem Prinzip der supranationalen Teilintegration gleichzusetzen ist, stand nun am 25. Mai im französischen Ministerrat zur Debatte.

Ministerpräsident Edgar Faure verlas den Brief Monnets. Finanzminister Pflimlin, der immer noch auf die Verwirklichung seiner westeuropäischen Agrarunion hofft, stimmte für Monnet. Ebenso die Minister Schuman und Teitgen. Aber die gaullistischen Minister widersprachen heftig: man könne Monnet nach seiner spektakulären Demission nicht wieder einsetzen.

Als die Sitzung beendet war, stand Frankreichs neuer Kandidat für den Präsidentenposten in Luxemburg fest: René Mayer, ein Exponent der französischen Schwerindustrie und Vertrauter des Bankhauses Rothschild, das er in 27 französischen Kapitalgesellschaften vertrat.

Damit war die Abkehr von der Monnetschen Methode der Teilintegration und wahrscheinlich auch von der supranationalen Arbeitsweise besiegelt. Denn René Mayer hatte vierzehn Tage vor seiner Nominierung einem deutschen Auditorium offenbart, man könne seiner Meinung nach "nicht behaupten, daß das supranationale Prinzip für das Funktionieren eines gemeinsamen Marktes absolut unentbehrlich sei."

Weitere Teilintegrationen werden mittlerweile von der Mehrzahl der Schumanplan-Experten abgelehnt, und auch in Luxemburg setzt sich die Erkenntnis durch, daß ein reibungsloses Ineinandergreifen der Volkswirtschaften auf immer mehr Teilgebieten kaum gelingen kann, solange nicht Währungs-, Steuer- und Sozialpolitik der Nationalwirtschaften synchronisiert sind. Bei Teilintegrationen würden sich die Schwierigkeiten, die sich aus den Unterschieden der Wirtschafts- und Sozialsysteme ergeben, bei jeder neu einbezogenen Branche wiederholen.

Es ist unmöglich, zu echten gemeinsamen Kostengrundlagen zu kommen, wenn beispielsweise in dem einen Land der Sozialversicherungsanteil für die Arbeiter einer Fabrik vom Unternehmen gezahlt wird (sich also in der Preiskalkulation niederschlägt) und im anderen Lande vom Staat.

Oder wenn ein Land sich hinter einem Devisen-Wechselkurs abschirmt, der den echten Kaufkraftverhältnissen nicht entspricht und dadurch das Hereinfließen tatsächlich billigerer Ware verhindert. Bei Teilintegrationen wird zudem für die nationalen Regierungen immer die Versuchung groß sein, durch den Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel, die der Verfügungsgewalt der Hohen Behörde entzogen sind, wie beispielsweise der Steuerpolitik, ihren konkurrenzbedrohten Industrien Sondervorteile zuzuschancen.

An Stelle der supranationalen Teilintegrationen à la Schumanplan befürwortet die Mehrzahl der europäischen Wirtschaftspolitiker jetzt eine globale Angleichung der wirtschaftspolitischen Grundsätze.

Diese Grundsätze, über die sich die Regierungen verbindlich einigen müßten, sollen zu einer gegenseitigen Angleichung der Steuer-, Sozial- und vor allem der Währungspolitik und damit zu gesunden, austauschbaren Währungen mit echten Wechselkursen führen. Denn erst wenn die Währungen austauschbar (konvertierbar) sind, können die unbestrittenen Vorzüge der Arbeitsteilung auf einem gemeinsamen Markt voll wirksam werden.

Mit der Schwenkung von der supranationalen Politik auf eine enge Zusammenarbeit der weitgehend unter dem Einfluß ihrer Regierungen verbleibenden Nationalwirtschaften rückt auch der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), der nach dieser Methode den westeuropäischen Außenhandel bereits zu etwa 90 Prozent liberalisiert hat, wieder in den Vordergrund. Die OEEC und die Montanbehörde werden sich sehr bald zu Verhandlungen zusammensetzen.

Rechtsanwalt Franz Etzel, der noch vor kurzem in seinem Luxemburger Amtszimmer die Ansicht äußerte, die deutsche Wirtschaft würde heute noch in den alten Reglementierungen stecken, wenn Professor Erhard 1948 "erst noch dies und das" hätte machen sollen, ist wendig genug, von dem supranationalen Schnellzug in den Bummelzug nach Europa umzusteigen. Er

sagt:

"Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß zu der Teilintegration von Kohle und Stahl weitere wesentliche Teilintegrationen - von Atomenergie abgesehen - nicht hinzugefügt werden sollen, sondern daß man von diesem gut gepflegten Versuchsfeld aus in fortschreitender Entwicklung geradeaus zur Vollintegration schreiten sollte. Das Ziel bleibt auch in diesem Fall das gleiche. Der Weg wird geändert und erweitert, die Integrationspolitik wird nicht aufgegeben, es wird vielmehr eine neue Etappe auf dem Weg zur Errichtung eines politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas in Angriff genommen."

Im Rathaus der sizilianischen Hafenstadt Messina, wo sich Anfang Juni die Außenminister der Montanunion-Staaten trafen, standen das nach vorn drängende Prinzip der wirtschaftspolitischen Angleichung der Staaten Europas und die supranationale Teilintegration Jean Monnets noch einmal zur Debatte.

Als Außenminister Pinay den neuen Kandidaten Frankreichs, René Mayer, nannte, erhob der für die Bundesrepublik erschienene Staatssekretär Hallstein Einspruch. Er hatte an den inoffiziellen Gesprächen, in denen sich die Außenminister bereits vorher auf René Mayer geeinigt hatten, nicht teilnehmen können (die deutsche Delegation hatte eine Spritztour in die Umgebung unternommen). Walter Hallstein erklärte, er sei nicht autorisiert, der Nominierung Mayers zuzustimmen. Bundeskanzler Adenauer schlage vielmehr vor, daß Jean Monnet Präsident der Hohen Behörde in Luxemburg bleiben solle. An diesem Punkt der Debatte schickten die Delegationsführer ihre Mitarbeiter aus dem Saal. Hallstein meldete ein Staatsgespräch nach Deutschland an, und kurze Zeit darauf war die Wahl René Mayers perfekt.

Als die fünf Außenminister und der Staatssekretär zwei Tage später mit dem Fährschiff zwischen Scylla und Charybdis heimwärts reisten, trugen sie in ihren Aktenmappen ein wirtschaftspolitisches Konzept für die weitere Integration Westeuropas, das deutlich von der Methode der supranationalen Teilintegrationen abweicht und vorwiegend auf globale Angleichungsmaßnahmen zielt. Die Beschlüsse waren in einer zusätzlich anberaumten Konferenz um zwei Uhr nachts ausgehandelt worden, nachdem der französische Außenminister immer wieder abbremsend betont hatte, Frankreichs Wirtschaft sei für einen gemeinsamen europäischen Markt noch nicht stark genug.

Das Schlußkommuniqué der Außenminister spricht von einer Untersuchungskommission aus Regierungsvertretern der sechs Montanunion-Länder, die bis zum 1. Oktober dieses Jahres einer großen europäischen Konferenz Einzelvorschläge unterbreiten soll. Erst dann wird sich mithin zeigen, ob die in Messina an Jean Monnet verabreichte bittere Pille für den von ihm ersehnten politischen Bundesstaat Europa ein Anregungs- oder ein Schlafmittel ist.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später am 24. März 2007 über die Römischen Verträge (x887/...): >>**Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl**

Europas Einigung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Gebieten Kohle und Stahl angefangen. 1951 hatten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ... einen Anfang gemacht.

Der Versuch, die europäische Einigung auf den militärischen Bereich mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auszudehnen, scheiterte 1954 an der französischen Nationalversammlung.

Obwohl die Bundesrepublik in dieser Gemeinschaft eindeutig diskriminiert werden sollte, waren in Frankreich die Vorbehalte dagegen, auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigung Kompetenzen an einen Zusammenschluß mit den Deutschen abzugeben, für viele zu groß. So wurde versucht, die Einigung zuerst einmal auf andere, zivile Gebiete auszudehnen.

... Neben einer europäischen Atomgemeinschaft wurde ein gemeinsamer Binnenmarkt als Ziel formuliert, und es wurden auch schon erste konkrete Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne

vereinbart.

... Atomminister Franz Josef Strauß hingegen wollte die Atomkraft lieber in Zusammenarbeit mit den USA als mit Frankreich nutzen. Der frankophile Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte jedoch in der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie die Richtlinienkompetenz und nutzte sie.

Frankreich wiederum fürchtete wegen seiner Wettbewerbsschwäche die Konkurrenz der fünf anderen europäischen Staaten im gemeinsamen Binnenmarkt. Den Franzosen wurde ihre Zustimmung damit versüßt, daß ihnen die Subventionierung ihrer Landwirtschaft mit deutschen Steuermitteln in Aussicht gestellt wurde. Das ist die Geburtsstunde der gemeinsamen Agrarpolitik, die als Umverteilungsmaschinerie die Aufgabe hat, Steuergelder ohne Gegenleistung aus stärker industrialisierten Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik in schwächer industrialisierte zu pumpen.

Ein weiterer, politischer Vorteil des Europas der Sechs kam bei der Grande Nation dazu. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte es vorletzten Freitag gegenüber dem Deutschlandfunk wie folgt: "Frankreich hatte ein großes Interesse daran, gleich nach dem Kriege gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und vier anderen Partnern schnell eine europäische Gemeinschaft aufzubauen und auf diese Weise auch wieder unter französischer Führung eine Stimme zur Geltung zu bringen in einem weltpolitischen Sinn." ...<<

**Schlußbemerkungen:** Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt. Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmemberschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Das Petersberger Abkommen verstieß zweifelsfrei gegen das Völkergewohnheitsrecht, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion integriert.

Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Infolge der Tatsache, daß der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) ebenfalls unwirksam.